

Pressemeldung in den Salzburger Nachrichten vom 04.12.2015

Das Ziel heißt mehr Inflation

Die Europäische Zentralbank verlängert ihr Programm zum Kauf von Wertpapieren. So will sie mithelfen, dass die Konjunktur anspringt, und erreichen, dass die Preise steigen. Im Kampf gegen die niedrige Inflation legt die Europäische Zentralbank (EZB) bei ihrer Geldpolitik nach. Am Donnerstag beschloss der EZB-Gouverneursrat, den Zeitraum des Anleihekaufprogramms zu verlängern, es soll statt bis September 2016 nun bis März 2017 oder darüber hinaus laufen. Jedenfalls werde es so lange fortgesetzt, bis ein nachhaltiger Anstieg der Inflation in Richtung des 2-Prozent-Inflationsziels erkennbar sei, sagte EZB-Präsident Mario Draghi vor der Presse.

[...]

Weiters hat die EZB den Einlagenzins für Geld, das Banken bei ihr deponieren, erneut gesenkt. Er war mit minus 0,2 Prozent schon bisher negativ, künftig beträgt der Strafzins 0,3 Prozent. Damit will man Geschäftsbanken ermuntern, Geld über die Vergabe zusätzlicher Kredite in den Wirtschaftskreislauf zu bringen.

[...]

Investoren zeigten sich dennoch enttäuscht, an den Märkten war mit einem höheren Volumen der Anleihenkäufe gerechnet worden. Daher drehten die Aktienkurse nach den Aussagen von Draghi ins Minus. Laut ihm ist die EZB-Politik „effektiv, aber nicht effektiv genug gewesen, um unsere Ziele zu erreichen. Wir tun mehr, weil wir sehen, dass es funktioniert.“ Draghi sagte, dass die „Inflation im Zentrum der Beratungen des Rates“ stand. Die jüngste Vorausschau für den erwarteten Preisanstieg weist gegenüber September einen leichten Abwärtstrend auf, nach 0,1 Prozent heuer wird für 2016 und 2017 eine Inflationsrate in der Eurozone von 1,0 sowie 1,6 Prozent erwartet. Laut EZB würde sie 2016 ohne geldpolitische Lockerung um 0,5 Prozentpunkte niedriger ausfallen, 2017 wäre sie um 0,75 Prozentpunkte geringer. Man könne daher „guten Gewissens behaupten, dass die Maßnahmen wirksam sind“, sagte Draghi. Der Ausblick für das Wirtschaftswachstum blieb mit 1,5 Prozent für heuer sowie 1,7 und 1,9 Prozent für die Folgejahre nahezu unverändert.

(Gekürzter Artikel der Salzburger Nachrichten, vom 4.12.2015)

Pressemeldungen in Der Standard vom 10.06.2022 und Die Presse vom 17.12.2021

Täglich wird die Liste jener länger, die der Weltwirtschaft düstere Zeiten prognostizieren. Nach Weltbank, OECD, Wifo und EZB zieht nun auch die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) nach. Allesamt haben sie die angenommene Rate für das Wirtschaftswachstum zusammengestrichen und die Erwartungen bei der Inflation nach oben geschraubt.

Die Prognose der OeNB steht klarerweise ganz im Zeichen des Ukraine-Kriegs und der horrenden Energiepreise. Konkret erwarten die Notenbanker für heuer eine Inflationsrate von 7,0 Prozent, ein satter Anstieg, denn im April waren es noch 5,6 Prozent. Im Juli soll der Höhepunkt erreicht sein, danach dürfte die Teuerung bis Jahresende langsam nachlassen. „Vor allem Energie und Lebensmittel treiben die Preise massiv in die Höhe, der Großhandelspreis für Gas stieg in den vergangenen zwölf Monaten um 383 Prozent, jener für Weizen um 81 Prozent“, sagte die Direktorin der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB, Birgit Niessner, bei einer Pressekonferenz. Das sei zwar hauptsächlich importierte Inflation. Aber auch die heimische Kerninflation – ohne Energie und Lebensmittel – dürfte heuer 4,1 Prozent betragen, kommendes Jahr sogar weiter ansteigen und der entscheidende Preistreiber sein.

Als „lange Reise“ sieht OeNB-Gouverneur Robert Holzmann die Anhebung von Zinsen: Bekanntlich hat die EZB angekündigt, die milliardenschweren Ankäufe von zusätzlichen Anleihen auslaufen zu lassen und danach die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte anzuheben. Als „notwendiges Signal und richtige Entscheidung“ bezeichnet er den Schritt, zugleich machte er deutlich, dass er jetzt schon für einen stärkeren Schritt – eine Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte – gewesen wäre. Auch im September wäre er für ein kräftiges Zinserhöhungszeichen von mindestens 0,5 Prozentpunkten, wenn sich die Inflation bis dahin nicht deutlich reduziert hat. „Unterm Strich baut die Entwicklung auf vielen aufeinanderfolgenden Zinsschritten auf“, sagt Holzmann. „Direkt auf das notwendige Niveau zu springen, würde den Kapitalmarkt verwerfen.“ Wichtig sei aber, dass die Erhöhung der Zinsen nur eine von drei Maßnahmenbündeln sei, die die EZB nutzen könne. Viel wichtiger seien in den letzten Jahren die Anleihenkaufprogramme gewesen, die nun endgültig auslaufen. Die Inflation wird laut Holzmann die Haushalte hart treffen. Denn die Reallöhne, also das um die Inflation bereinigte Arbeitseinkommen, dürften heuer um 2,5 Prozent und damit „historisch stark“ zurückgehen. Nutznießer steigender Inflation sind Staaten, die mehr Steuern einnehmen, während ihre Schulden wegrationalisiert werden. Zu den Profiteuren zählen auch Menschen, die schon vorher viele Sachwerte hatten, also reich waren. Sie werden noch reicher, weil Anleger in Sachwerte ausweichen und deren Preise in die Höhe treiben. Wer hingegen in einem solchen Umfeld erst eine Wohnung kaufen will, erhält zwar

unter Umständen einen günstigen Kredit, das macht aber die höheren Preise oft nicht wett. Sobald auch die Verbraucherpreise steigen, ist das unangenehm für alle Konsumenten. Je geringer ihr Einkommen ist und je größer der Anteil, den sie in den Konsum stecken müssen, umso schwerer wiegen hohe Inflationsraten. Höhere Zinsen nützen Sparer (sofern auch die Realzinsen positiv sind) und Banken, weil in einem solchen Umfeld die Differenz zwischen Kredit- und Sparzinsen wächst. Für Staaten und Firmen sind sie unerfreulich. Doch können sie Überhitzung und starker Teuerung vorbeugen. Allerdings könnten zu abrupte oder starke Zinserhöhungen das Wirtschaftswachstum abwürgen.

(Eigene gekürzte Zusammenstellung nach Der Standard vom 10.06.2022 und Die Presse vom 17.12.2021)